

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 48 (1969)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Die Rolle der Vereinten Nationen  
**Autor:** Marbach, F.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338152>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 31.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

nichts, was in fortgeschrittenen Industriestaaten nicht selbstverständlich wäre, und stellt kaum mehr als einen «Spiegel der gegenwärtigen Sozialstruktur» dar. Wird sie aber wenigstens die weniger fortgeschrittenen Mitgliedsstaaten des Europarates mitreissen können und sie zu Reformen veranlassen, damit sie mit den übrigen Schritt halten? Um diesen Staaten den Beitritt zu erleichtern, hat man bewusst vorsichtige Formulierungen gewählt und damit den anderen Zweck der ESC gefährdet, einen «gemeinsamen Nenner» der europäischen Sozialpolitik zu schaffen, ohne dafür die Sicherheit zu erhalten, dass die weniger entwickelten Länder den Beitritt möglich finden werden.

Die ESC ist 1964 nach der fünften Ratifizierung (durch die Bundesrepublik) in Kraft getreten. In der Schweiz wurde sie unseres Wissens bisher nur in dem Bericht des Bundesrates zur Menschenrechtskonvention erwähnt. Die vorliegenden Betrachtungen dürften der überhaupt erste auf Schweizer Boden erschienene Kommentar sein. Die Ratifizierung der ESC wird wohl für die Schweiz manche Probleme aufwerfen. Trotzdem und trotz der hier geschilderten Schwächen der ESC sollte sie versucht werden – im Interesse der Hebung des sozialen Niveaus im freien Europa.

*Prof. Dr. F. Marbach*

## Die Rolle der Vereinten Nationen

In Nr. 10/69 unserer Zeitschrift (S. 295 ff.) veröffentlichten wir einen Briefwechsel Dr. J. W. Brügel (London) — Prof. Dr. Fritz Marbach (Bern). Leider traf die Antwort von Prof. Marbach auf den Brief von J. W. Brügel vom 6. September 1969 erst in einem Zeitpunkt ein, da das Blatt bereits gedruckt war.

Zu einer Replik gehört selbstredend auch eine Duplik, die uns in diesem Fall besonders willkommen ist, nachdem der genannte Briefwechsel in unserem Leserkreis auf grosses Interesse gestossen ist.

Red.

Bern, 19. September 1969

*Sehr geehrter Genosse Brügel,*

Besten Dank für Ihren Antwortbrief. Ich habe ihn – mit grossem Respekt vor Ihren grossen Kenntnissen – gelesen. Aber Sie werden es mir sicher nicht übelnehmen, wenn ich der Auffassung bin, dass auch die subtilsten Rechtsüberlegungen keine Satzungstreue der UNO und des grossen Teils ihrer Mitglieder zu konstruieren vermögen. Selbstverständlich ist die Aussage, Nehru hätte die Portugiesen ins Meer geworfen, nicht wortwörtlich

zu nehmen. Aber das ändert an der Goa-Affäre und am Versagen der UNO nicht das geringste, denn der angeblich so friedfertige und gegen Westen moralpredigende Aggressor hat die Portugiesen mit Brachialgewalt aus Goa vertrieben und es annektiert. Dass die portugiesische Herrschaft ein (für die Bevölkerung Goas im Verhältnis zu den indischen Zuständen glücklicher) Anachronismus war, kann doch wirklich keine Rechtfertigung sein. Satzung ist Satzung und Recht ist Recht, oder beides existiert nicht. Sie sagen, ich lege Artikel 1 der Satzungen eine Bedeutung bei, «die er nicht hat».

Auf deutsch lautet der in Absatz 1 (Zielumschreibung der Vereinten Nationen): «Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck: wirksame Kollektivmassnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und sie zu beseitigen und um Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken, sowie durch friedliche Mittel und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts die Ordnung und Regelung internationaler Streitfälle oder solcher Situationen zu erzielen, die zu einem Friedensbruch führen könnten.» Wenn dieser erste Absatz des Artikels 1 die Bedeutung, die ich ihm als vernünftiger Mensch zuzumessen wohl verpflichtet bin, nicht hat, welcher andere Sinn könnte er denn haben als einen, den man pour le besoin de la cause in ihn hineininterpretiert?

Wenn Sie, hochgeschätzter Genosse, immer wieder betonen, in diesen und jenen Fällen hätte die UNO nichts machen können, weil ein sowjetisches Veto sicher gewesen wäre, dann bedeutet das für mich, den Nationalökonom und Historiker, eben nichts anderes, als dass die Einführung des absoluten Vetos Satzungsbrüche zwangsläufig zum organisatorisch-integrierenden Bestandteil der UNO gemacht hat.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir erlauben, Sie auf einen Artikel der «Basler Nachrichten» vom 9. September 1969, Nr. 374, aufmerksam zu machen. Dort berichtet ihr Nahost-Korrespondent *Horst J. Andel* unter der Überschrift «Einseitige Menschlichkeit am East River» (Leitartikel) Erschütterndes über das Versagen der UNO im Nahost-Konflikt. Nachdem er über das schreckliche Schicksal der Juden in arabischen Ländern nach dem Sechstagekrieg berichtet (der Juden nicht nur, aber vor allem im Irak), gelangt er zu folgendem Schluss:

«... Die UNO-Kommission kümmerte sich indessen nicht um die furchtbaren Schicksale, sondern erschauerte nur unter den phantasievollen ‚Augenzeugenberichten‘ arabischer Opfer Israels. Für die Unparteilichkeit der Weltorganisation sind solche Massstäbe eine tödliche Gefahr. Die UNO verspielt dadurch endgültig ihr im Nahen Osten ohnehin nur noch geringfügiges Prestige. Doch am East River zählt anscheinend nicht die Menschlichkeit ohne Ansehen der Person, sondern der allerdings nicht zu leugnende Umstand, dass es nur zweieinhalb Millionen Israeli, aber 90 Millionen Araber, nur eine israelische, aber 14 arabische Delegationen gibt. Die UNO-Untersucher hätten das durch nichts deutlicher machen

können als dadurch, dass sie sogar darauf verzichteten, neutrale Beobachter in den von ihnen besuchten Hauptstädten zu befragen. Das entspricht einem Gerichtsverfahren, das nur den Kläger anhört, nicht aber den Angeklagten. Das Ergebnis ist mit Sicherheit ein Fehlurteil.»

Wie reimt sich das mit den statutarisch festgelegten Grundsätzen der Gerechtigkeit?

Ich hatte diese Zeilen eben geschrieben, als ich Ihren hochinteressanten Artikel aus «Die Friedenswarte», den mir zu senden Sie die grosse Freundlichkeit hatten, zu lesen bekam. Auf der ersten Seite steht der Satz: «Die Vereinten Nationen haben sich vielmehr zum Schutze *aller* Menschen verpflichtet.» Gemessen an dem, was im Nahen Osten passiert, ist offenbar auch diese Verpflichtung eine Illusion.

Mit den besten Grüssen

Ihr F. Marbach

*Dr. Richard Lienhard*

## Kapitulation vor dem Überschallknall ?

Die Unterschriftensammlung für die Überschallknall-Volksinitiative ist in vollem Gang. Bevor sich aber der Bürger zur Unterstützung eines solchen Begehrens entschliesst, will er darüber informiert sein; deshalb soll im folgenden stichwortartig erläutert werden, worum es bei der genannten Initiative geht.

Nach dem Text des Initiativbegehrens soll das Fliegen mit Überschallgeschwindigkeit über dem Hoheitsgebiet der Eidgenossenschaft untersagt werden. Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen von diesem Verbot für schweizerische Militärflugzeuge.

Was heisst nun Überschallknall? Verbreitet ist der Irrtum, der Knall entstehe erst beim Durchbruch der Schallmauer. Das ist indessen nicht richtig. Der Knall entwickelt sich vielmehr fortlaufend, solange sich das Flugzeug mit Schallgeschwindigkeit bewegt. Je grösser aber das knallerzeugende Fahrzeug ist, um so lauter und dumpfer wird der Knall. Die Planer des amerikanischen Überschallflugzeugs SST sprechen wohl von einer «zulässigen Knallintensität». Auch bei normalem Überschallflugbetrieb können indessen Situationen eintreten, bei welchen der normale Knall bis zu fünfmal verstärkt wird. Eine solche Lärmentwicklung ist aber der Bevölkerung nicht mehr zumutbar, zumal sie ohnehin schon genug unter Lärmeinwirkung zu leiden hat.

Aus diesen Überlegungen soll das Überfahren unseres Landes durch Zivilflugzeuge mit Überschallgeschwindigkeit verboten werden. Mit einem